

Neuer US-Botschafter: Merkel gibt mehr Geld für „muslimische Invasoren“ als für die Bundeswehr aus

06.08.2020 15:00

Der designierte US-Botschafter in Deutschland, Douglas Macgregor, meint, dass die Bundesregierung mehr Geld für „Millionen unerwünschter muslimischer Invasoren“ ausgeben sollte als für die Bundeswehr. Er fordert, dass Deutschland sein Verteidigungsbudget erhöht. Muslime wollen Macgregor zufolge Europa zu einem „islamischen Staat“ verwandeln. Doch seine Aussagen gleichen einer Moge-packung.

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN



Douglas Macgregor, designierter US-Botschafter in Deutschland und pensionierte Oberstleutnant. (Foto: dpa)

Douglas Macgregor, designierter US-Botschafter in Deutschland und pensionierte Oberstleutnant, hatte nach einem Bericht des US-Senders **CNN** nachweislich gesagt, muslimische Migranten würden nach Europa kommen, „mit dem Ziel, Europa schließlich in einen islamischen Staat zu verwandeln“.

Welches eigentliche Ziel er mit seinen Aussagen verfolgt, ließ Macgregor auch durchblicken. Er kritisierte Deutschland dafür, „Millionen unerwünschter muslimischer Invasoren“ Sozialleistungen zu gewähren, anstatt mehr Mittel für die Bundeswehr bereitzustellen. Die US-Regierung verlangt schon seit geraumer Zeit von Deutschland, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Denn gemäß den Nato-Vorgaben sollen zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung ausgegeben werden.

Der designierte US-Botschafter wörtlich: „Diese Menschen kommen nicht, um sich zu assimilieren und Teil Europas zu werden. Sie profitieren davon, zu konsumieren und sich in den Ländern anderer Menschen zu etablieren, mit dem Ziel, Europa schließlich zu einem islamischen Staat zu machen. Das ist eine schlechte Sache für den Westen. Es ist eine schlechte Sache für die Europäer.“

In einem Interview aus dem Jahr 2015 beklagte er, dass die Europäische Union muslimischen Flüchtlingen auf dem Höhepunkt der globalen Migrantenkrise „sehr luxuriöse und extrem teure Sozialleistungen“ gewährt habe und dass „diese Menschen nicht kommen, um sich zu assimilieren oder Europäer zu werden“.

Den US-Truppenabzug aus Deutschland forderte er mit folgenden Worten: „Die Deutschen, wie die Koreaner und die Japaner, haben diese amerikanische Truppenpräsenz auf ihrem

Boden satt. Und ich denke, wenn Sie wollen, dass die Deutschen sich als die große Macht behaupten, die sie sind, ist dies einer der ersten Schritte (...) Die Deutschen fühlen sich dank uns nicht verpflichtet, sich zu verteidigen.“

Doch die Bundesregierung Sorge sich finanziell mehr um Flüchtlinge als um die eigene Bundeswehr, meint Macgregor.

Ex-US-Botschafter war ähnlich

Zuvor hatte der ehemalige US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, in einem Interview mit Breitbart News offen gesagt: „Ich möchte unbedingt andere Konservative in ganz Europa stärken – andere Führungspersönlichkeiten. Ich denke, es gibt eine Grundwelle konservativer Politik, die sich aufgrund der gescheiterten Politik der Linken durchsetzt.“

Er lobte unter anderem den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz mit den Worten: „Ich denke, Sebastian Kurz ist ein Rockstar. Ich bin ein großer Fan von ihm.“

Die anti-muslimische Rhetorik dient somit zwei Zielen, die von der US-Regierung verfolgt werden: Erstens soll Deutschland dazu gezwungen werden, mehr Geld für die Rüstung auszugeben. Und zweitens sollen durch die anti-muslimische Rhetorik Anti-EU-Kräfte in Europa an die Regierungen gehievt werden, um der EU den Todesstoß zu versetzen - mit verheerenden Folgen für die deutsche Wirtschaft und Deutschlands Stellung in Europa und der Welt. Der Zündschlüssel dieser Ziele ist das Schüren von Ressentiments gegen Flüchtlinge, Muslime und "Ausländer" im Allgemeinen.

Breitbart News wörtlich: „Kurz nach der Bildung der Koalition trat Sebastian Kurz gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel an

und lehnte das umstrittene Migrantenquotensystem der Europäischen Union ab. Er war auch ein führender Konservativer in Bezug auf das Thema Gegen-Islamisierung, während Außenminister in der vorherigen Koalitionsregierung ein Verbot des vollflächigen islamischen Schleiers befürwortete und dazu beitrug.“

celtra_fin_Interscroller